


metallforderung

 EIN NEUES SOZIALES
SICHERUNGSVERSPRECHEN

Für gute Versorgung und gerechte Finanzierung in Gesundheit und Pflege

Alle Menschen haben ein Recht auf gute, umfassende und bezahlbare Leistungen im Bereich Gesundheit und Pflege. Diese sind aber nicht zum Nulltarif zu haben, müssen nachhaltig, sicher und vor allem gerecht finanziert werden. Die Weiterentwicklung der Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung, die alle Bürger*innen einbezieht, ist ein zentrales Mittel, die in einer alternden Gesellschaft absehbar steigenden Kosten von Gesundheit und Pflege solidarisch auf viele Schultern zu verteilen und eine bessere Versorgung zu ermöglichen.

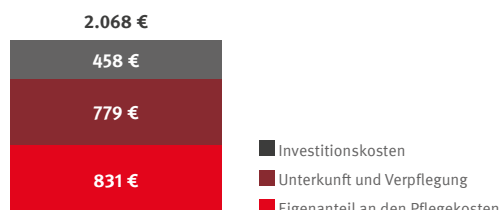
Die Corona-Krise hat uns allen drastisch vor Augen geführt, wie existenziell ein gutes Gesundheitssystem ist. Funktionierende Gesundheitsämter, die Verfügbarkeit von Schutzausrüstung, ausreichend Intensivbetten, genügend gut ausgebildetes Pflegepersonal und die rasche Entwicklung von Impfstoffen erwiesen sich gleichermaßen als Flaschenhälse und Schlüssel zur Bekämpfung der Pandemie.

Aber auch jenseits von Corona gilt: Niemand will bei einem Krankenhausaufenthalt von gehetztem Personal gepflegt werden, im Alter immer mehr Geld für Zuzahlungen, Medikamente und Eigenleistungen aufbringen müssen oder gar wegen horrender Eigenanteile bei den Pflegekosten in Sozialhilfe abrutschen.

Gerade die stationäre Pflege stellt für viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen eine enorme finanzielle Belastung dar. Denn die Pflegeversicherung ist keine Vollversicherung. Sie zahlt nur einen Zuschuss zu den Pflegekosten abhängig vom jeweiligen Pflegegrad. Die verbleibenden pflegebedingten Kosten im Pflegeheim müssen von den Pflegebedürftigen selbst bezahlt werden. Die monatliche Rechnung für alle Kosten im Pflegeheim wird so schnell zur finanziellen Belastungsprobe.

Zwar hat die große Koalition ein Gesetz auf den Weg gebracht, den monatlichen Eigenanteil für pflegebedingte Kosten in der stationären Pflege zu reduzieren. Diese Mini-Reform bringt aber nur wenig Entlastung und geht das Grundproblem nicht an, dass die Pflegeversicherung nur eine „Teilkasko“-Versicherung ist und nicht alle notwendigen Pflegeleistungen abdeckt.

Finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen in der stationären Pflege im Monat



Quelle: eigene Darstellung nach vdek, Daten zum Gesundheitswesen (Stand Januar 2021)

Anders als die Pflegeversicherung ist die gesetzliche Krankenversicherung zwar eine Vollversicherung, die alle als medizinisch notwendig erachteten Leistungen abdecken soll. Jedoch haben hier Ausgliederungen aus dem Leistungskatalog wie z. B. von Brillen, Zuzahlungen zu Medikamenten und Therapien dazu geführt, dass die Versicherten immer stärker belastet wurden und sich diese Kosten gerade bei älteren und kranken Menschen massiv auf die Lebenshaltungskosten niederschlagen. Wir fordern daher in beiden Systemen Leistungsausweitungen und Entlastungen für die Versicherten.

In einer alternden Gesellschaft wird der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen absehbar zunehmen. Umso dringlicher stellt sich die Frage, wie eine gute, umfassende Versorgung gewährleistet und solidarisch finanziert werden kann.

FAIRWANDEL

Wahl 21



Solidarische Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege

Wir brauchen ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem, das Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Alter und ihrem Wohnort hilft, das präventiv wirkt und die Teilhabe am medizinisch-technischen Fortschritt für alle garantiert. Dazu müssen die Leistungskataloge in der Krankenversicherung erweitert, die Zuzahlungen abgeschafft und die pflegebedingten Kosten vollständig aus der Pflegeversicherung finanziert werden.

36 %

aller Pflegebedürftigen bezogen 2020 Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ein zentrales Mittel, die Leistungsfähigkeit der Kranken- und Pflegeversicherung in diesem Sinne zu stärken, ist ihre Ausgestaltung als solidarische Bürgerversicherung, in die alle Bürger*innen einbezogen sind. „Alle rein ins Solidarsystem!“ lautet die Devise der IG Metall.

Das stärkt die Finanzbasis der Systeme und ermöglicht Verbesserungen der Versorgung für alle.

Zusätzlich ist der Steuerzuschuss so zu erhöhen, dass er die versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung ausgleicht.

Letztlich werden wir der Relevanz des zunehmenden Pflegebedarfs aber nur vollständig gerecht, wenn wir die Versorgung durch eine Pflegevollversicherung mitsamt Bundeszuschuss absichern. Die pflegebedingten Kosten müssen vollständig aus der Pflegeversicherung finanziert werden. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur vorzuhalten – mit mehr Pflegepersonal, das besser bezahlt wird und bessere Arbeitsbedingungen hat.

Immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen

3,8 Mrd. Euro

wurden im Jahr 2019 für Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII gezahlt. Allein im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um **fast 9 Prozent**.

Quelle: Statistisches Bundesamt



Die IG Metall fordert

- ▶ die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege, die alle Bürger*innen einbezieht und gute Versorgung für alle gewährleistet
- ▶ eine Erhöhung des Steuerzuschusses in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
- ▶ eine Erweiterung der Leistungskataloge und Abschaffung der Zuzahlungen
- ▶ die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgervollversicherung, die alle pflegerischen Kosten abdeckt und die Pflegebedürftigen spürbar entlastet
- ▶ mehr Personal in der Pflege, bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen

